



### Presseschau vom 24.05.2016:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

### Abends / nachts:

Dan-news.info: Die Reparaturarbeiten an der Gasleitung zwischen Donezk und Marjinka, die bei den Minsker Verhandlungen Ende 2015 vereinbart wurden, werden möglicherweise durch die Schuld der ukrainischen Streitkräfte auf unbestimmte Zeit verschoben. Dies teilte heute das Verteidigungsministerium der DVR mit...

Der Vertreter des Verteidigungsministeriums der Republik fügte hinzu, dass die Beschüsse auch die Vertreter des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feuereinstellung bestätigt haben. Im Verteidigungsministerium wird nicht ausgeschlossen, dass das Ziel der „vorsätzlichen Provokationen der ukrainischen Streitkräfte ein Bruch der Minsker Vereinbarungen ist, um dann die Kräfte der DVR dessen zu beschuldigen“.

„Es ist schwierig zu verstehen, auf welche Weise das ukrainische Kommando den Kommandeuren der Strafteilungen, die die Beschüsse von Wohngebieten und Infrastruktur durchführen, deutlich machen kann, dass friedliche Menschen, insbesondere die, die an der Arbeit zur Gasversorgung der Bevölkerung teilnehmen, nicht unter Kugeln arbeiten werden, wenn sie wissen, dass sie möglicherweise nicht zu ihren Familien zurückkehren werden“, fasste der Gesprächspartner zusammen.

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben heute Abend 127 Mörsergeschosse auf die

westlichen Außenbezirke von **Donezk**, die Umgebung von **Dokutschajewsk**, **Jasinowataja** und **Sachanka** im Nowoasowskij-Bezirk im Süden der DVR abgeschossen. Dies teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der Republik mit.

„Von 18:55 bis 20:35 hat die ukrainische Seite Sachanka beschossen, das Dorf **Trudowskije**, den Jasinowatajer Checkpoint und die Umgebung von Dokutschajewsk. Insgesamt wurden vom Gegner 65 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 62 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Nach Angaben der Quelle, schoss der Gegner von den besetzten Ortschaften Schirokio. Awdejewka, Nowotroizkoje und Marjinka. Informationen über Verletzte und Zerstörungen werden noch geprüft.

### **Vormittags:**

De.sputniknews.com: In ihrem jüngsten Telefonat in der Nacht auf Dienstag haben die Staats- und Regierungschefs der Normandie-Vier die Syrien-Krise besprochen, wie der Pressedienst des Kremls mitteilt.

„Der russische Präsident Wladimir Putin, Bundeskanzlerin Angela Merkel, Frankreichs Präsident Francois Hollande und der ukrainische Präsident Pjotr Poroschenko haben ein Telefonat geführt. Sie haben dabei auch einige Aspekte der Krisensituation in Syrien besprochen“, heißt es in der Mitteilung.

Nach den Terroranschlägen in der syrischen Provinz Latakia hatte Putin zuvor die Bereitschaft betont, das Zusammenwirken mit den syrischen Partnern beim Vorgehen gegen die Terrorgefahr fortzusetzen.

Bei mehreren Explosionen in Dschabla (Provinz Latakia) und Tartus kamen am Montag mehr als 100 Menschen ums Leben. Zu den Angriffen bekannte sich die Terrormiliz Islamischer Staat (IS, auch Daesh).

Ukrinform.ua: Der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, hatte nach seinem Arbeitsbesuch in der Türkei ein Telefongespräch im Normandie-Format.

Das meldet der Pressedienst des Präsidenten.

Petro Poroschenko verwies beim Gespräch auf die Verschlechterung der Situation, insbesondere auf die Beschießungen im Bereich von Awdijiwka, was ein reales Hindernis für die Erreichung des Progresses bei der Friedensbeilegung ist.

Die Gesprächspartner waren sich darüber einig, dass man für die Fortsetzung des politischen Dialogs entschiedene Deeskalation und vollständige Einstellung des Feuers braucht.

Der ukrainische Präsident betonte, dass Russland dafür seine Truppen aus den besetzten Gebieten der Ukraine abziehen und aufhören muss, Waffen und Söldner hin zu schicken. Der Präsident richtete ein besonderes Augenmerk auf die Notwendigkeit, die Kontrolle über der ukrainisch-russischen Grenze wiederherzustellen.

Die Staatschefs der Ukraine, Frankreichs, Deutschlands und Russlands unterstützten den Einsatz der Polizeimission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) im Donbass und den Beginn der Konsultationen in dieser Angelegenheit.

De.sputniknews.com: Russlands Präsident Wladimir Putin hat beim Normandie-Vier-Telefonat in der Nacht auf Dienstag von der ukrainischen Armee gefordert, die Angriffe auf Ortschaften im Donbass unverzüglich einzustellen, wie der Pressedienst des Kremls mitteilt. „Als Schlüsselement zur Regelung muss ein direkter Dialog Kiews mit Donezk und Lugansk im Sinne einer vollständigen und allumfassenden Umsetzung der Minsker Vereinbarungen vom 12. Februar 2015 gelten“, heißt es in der Mitteilung.

Außerdem bekräftigten die in den Konflikt verwickelten Parteien ihr Streben nach Einhaltung der Minsker Abkommen.

Auf der Webseite von Präsident Poroschenko wird derweil unter anderem mitgeteilt, dass die Normandie-Vierergruppe der Stationierung einer OSZE-Polizeimission im Donbass zugestimmt habe.

In der Nacht auf Dienstag hat eine Telefonkonferenz im Normandie-Format zwischen dem russischen Staatschef Putin, der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie den Präsidenten Frankreichs und der Ukraine, François Hollande und Petro Poroschenko, stattgefunden. Dabei wurden außer dem Ukraine-Konflikt auch Aspekte der Syrien-Krise besprochen...

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden achtmal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Das Gebiet des Dorfes **Kalinowo** wurde fünfmal aus Richtung Nowoswanowka beschossen. Im Verlauf der Beschüsse wurden Abwehrgeschütze, Antipanzergranatwerfer, automatische Granatwerfer und Schusswaffen, darunter auch großkalibrige Maschinengewehre verwendet. Aus Richtung Staniza Luganskaja eröffneten die Kiewer Truppen das Feuer mit Schusswaffen aus **Nikolajewka**.

Aus Richtung Luganskoje wurde **Kalinowka** mit Schusswaffen beschossen.

Die Kiewer Truppen beschossen **Logwinowo** aus Richtung Mironowskij mit Mörsern des Kalibers 82mm und großkalibrigen Maschinengewehren.

Verluste gibt es keine.

De.sputniknews.com: Normandie-Vier erwägt OSZE-Polizeimission im Donbass – meint jedenfalls Kiew

Die Staats- und Regierungschefs der Normandie-Vier haben bei ihrem jüngsten Telefonat in der Nacht auf Dienstag einer Polizeimission der OSZE im Donbass zugestimmt. Dies teilt der Pressedienst des ukrainischen Präsidenten Pjotr Poroschenko mit.

„Die Spitzenpolitiker der Ukraine, Frankreichs, Deutschlands und Russlands haben die Entsendung einer Polizeimission der OSZE in die Donbass-Region und den Beginn der Beratungen in dieser Frage unterstützt“, heißt es in der Presseerklärung aus Kiew. Weder der Pressedienst des Kremls noch der des Elysée-Palastes meldeten einen derartigen Beschluss.

Die vier Politiker seien sich nach Angaben der französischen Seite derweil jedoch einig gewesen, dass alle Vorgaben des Minsker Abkommens vollständig umgesetzt werden müssten.

Der russische Präsident Putin hat außerdem Kiew explizit zur Einstellung der Angriffe in Siedlungen des Konfliktgebietes in der Ostukraine aufgerufen, wie der Pressedienst des Kremls am Dienstagmorgen meldete.

Laut dem deutschen Regierungssprecher Steffen Seibert standen Sicherheitsfragen und die Vorbereitung der angedachten Kommunalwahlen in den Konfliktgebieten im Osten der Ukraine im Mittelpunkt des Telefonats. Die Gesprächspartner wollten ihre Zusammenarbeit bei beiden Themen weiter intensivieren, um rasch Fortschritte zu erzielen....

Dan-news.info: Im Verlauf eines nächtlichen Beschusses von **Staromichajlowka** im **Kirowskij-Bezirk** am westlichen Rand von Donezk wurde ein ziviler Einwohner verletzt, acht Häuser wurden beschädigt. Dies teilte der Leiter der Bezirksverwaltung Jurij Budrin mit. „Wir wurden nachts beschossen – unter Beschuss geriet die Siedlung Staromichajlowka. Dort wurden acht Häuser beschädigt“, sagte Budrin. „Außerdem wurde ein Mann verletzt“. Die Einzelheiten des Beschusses werden noch untersucht.

De.sputniknews.com: Die Beziehungen zwischen Moskau und Peking sind der wichtigste Schwerpunkt der russischen Außenpolitik, wie Außenminister Sergej Lawrow beim Treffen mit seinem chinesischen Amtskollegen Wang Yi im Vorfeld einer Sitzung des Rats der Außenminister der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) mitteilte. „Wir halten den Ausbau unserer Kooperation mit der Chinesischen Volksrepublik für die wichtigste außenpolitische Priorität unseres Landes“, so Lawrow. Der bilaterale politische Dialog vertiefte sich bereits auf Ministeriums- und Behördenebene, was die Weichen für eine erfolgreiche Umsetzung der Vereinbarungen zwischen den Präsidenten beider Länder stelle. China sei außerdem Russlands wichtigster Handelspartner....

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben in der letzten Nacht die Siedlung **Alexandrowka** im **Petrowskij-Bezirk** am westlichen Rand von Donezk beschossen. Dies teilte der Leiter der Bezirksverwaltung Maxim Shukowskij mit, in der Folge des Beschusses wurde ein Zivilist verletzt, zwei Häuser wurden beschädigt. „Die ukrainischen Truppen haben in der Nacht das Feuer auf die Siedlung Alexandrowka eröffnet. In der Folge des Beschusses wurde ein Mann, Geburtsjahr 1953, verletzt. Außerdem wurden durch den Beschuss zwei Häuser auf der Tscheljuskinzew-Straße beschädigt“, sagte er. Der Verletzte ist mit einem Rippenbruch und Verletzungen am Brustkorb im Krankenhaus. Einzelheiten des Beschusses werden noch untersucht.

De.sputniknews.com: Moskau deckt auf: Euronews-Portal stützt sich auf Lawrow-Fake-Tweet Die englischsprachige Nachrichtenseite Euronews hat sich in einem Artikel auf einen nicht authentifizierten Twitter-Account des russischen Außenministers Sergej Lawrow berufen, wie die dessen amtliche Sprecherin Maria Sacharowa mitteilte. Das sei Desinformation, die den Sender stark diskreditiere.

Die englischsprachige Euronews-Seite habe einen Screenshot von dem angeblichen Lawrow-Account bei Twitter als offizielle Reaktion Moskaus auf die letzte Woche in Italien verabschiedete Resolution angeführt. Am 18. Mai hatte der Regionalrat der Region Venetien in Norditalien eine Resolution verabschiedet, welche die Regierung in Rom auffordert, die Krim-Politik der EU zu verurteilen und eine Aufhebung der Sanktionen gegen Russland anzustreben.

„Alles ist prima, außer einer Tatsache: Lawrow hat gar keinen Twitter-Account. Die russischsprachige Seite, wie sie sehen, hat den Fake nicht veröffentlicht“, schrieb Sacharowa via Facebook. Die Außenamtssprecherin vermutete gar, der Sender habe es sich zum Ziel gesetzt, den Fake-Account groß herauszubringen. Dies sei „keine Propaganda mehr, sondern schon Desinformation“.

Sacharowa wies außerdem darauf hin, dass sie persönlich die Resolution der Region Venetien kommentiert hatte, und erinnerte zudem daran, dass eine Liste aller offizieller Accounts auf der Seite des russischen Außenministeriums einzusehen sei.

„Während ich zuvor der Ansicht war, dass eine derartige Politik der englischsprachigen Abteilung des Senders gegen Russland gerichtet sei, so gibt es jetzt keinen Zweifel mehr

daran, dass dies ein Schlag gegen Euronews selbst ist, mit dem Ziel, die Arbeit dieses Mediums zu diskreditieren“, so Sacharowa weiter.

Dies ist nicht der erste Fall, dass das russische Außenministerium die Informationsdarbietung durch Euronews kritisiert.

Zuvor hatte Maria Sacharowa einen Euronews-Bericht über die Deportation der Krim-Tataren vor 72 Jahren als „Lüge“ kritisiert: Der Sender hatte auf seiner englischsprachigen Seite die Zahl der Deportierten verzehnfacht. Während auf der russischsprachigen Euronews-Seite noch die korrekte Zahl von 200.000 angegeben war, hieß es in dem englischsprachigen Bericht vom 19. Mai, „zwei Millionen“ Krimtataren seien deportiert worden. Sacharowa forderte daraufhin von dem Sender eine formelle Entschuldigung.

### **Nachmittags:**

[Ukrinform.ua: Für die Bedürfnisse der Seestreitkräfte der Ukraine wird geplant, bis zum Jahr 2020 30 Kriegsschiffe und Boote zu bauen.](#)

[Das sagte heute auf dem Briefing die Vertreterin des ukrainischen Verteidigungsministeriums, Oberstleutnant, Oksana Hawryljuk, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.](#)

[„Bis zum Jahr 2020 wird geplant, den Schiffsatz der Seekräfte zu erneuern und rund 30 Kriegsschiffe und Boote zu bauen“, sagte Hawryljuk.](#)

[De.sputniknews.com: „Mit Russland ist nicht zu spaßen!“ - Tschetschenen-Chef Kadyrow warnt Terroristen](#)

Russland verfügt über viel Erfahrung im Kampf gegen den Terrorismus und kann jeder Gefahr etwas entgegensetzen, wie Tschetscheniens Republikchef Ramsan Kadyrow auf einer internationalen Sicherheitskonferenz in Grosny, der Hauptstadt von Tschetschenien, mitteilte.

„Ich möchte daran erinnern, dass man mit Russland nicht scherzen und spielen darf. Das ist sinnlos. Wir haben Erfahrung bei der Bekämpfung des gefährlichsten Bösen der Welt und sind imstande, unverzüglich auf jede Gefahr zu reagieren“, so Kadyrow.

Es habe Zeiten gegeben, da eben jene Tschetschenische Republik zum „Aufmarschgebiet für den Umsturz Russlands gewählt worden war“, erinnert der Republik-Chef. „Heute ist urkundlich nachgewiesen, dass das ein offener Versuch der Geheimdienste einer Reihe von Ländern war, Russland zu schwächen, es auf die Knie zu werfen und in einzelne Teile zu zerschlagen.“

In Tschetschenien befanden sich damals „bis auf die Zähne bewaffnete Banditen, Berufsdiversanten, Terroristen und Mitarbeiter von Geheimdiensten aus 50 Ländern“.

Mittlerweile aber sei die Republik eine Region mit stabiler Entwicklung.

„Leider legen die Autoren des tschetschenischen Szenarios nicht die Hände in den Schoß. Sie nutzen dieselben Methoden in Syrien, Libyen, in der Ukraine, im Irak und Afghanistan“, so der Tschetschenen-Chef weiter. Einige Länder existieren ihm zufolge nur theoretisch davon. Faktisch hätten sie ihre Souveränität verloren.

Millionen Menschen seien infolgedessen auf der Flucht.

In der tschetschenischen Hauptstadt Grosny findet gegenwärtig das 7. Internationale Treffen der Hohen Vertreter für Sicherheitsangelegenheiten statt.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30354/53/303545386.jpg>

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Major Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Ein älterer Mann starb in der Schlange, die von den ukrainischen Zöllnern künstlich am Passierpunkt Staniza Luganskaja geschaffen wird.

„Vom Zolldienst der Ukraine werden weiterhin lange künstliche Verzögerung am Passierpunkt Staniza Luganskaja erzeugt, um Geld für den ungehinderten Durchgang auf das Gebiet der LVR einnehmen zu können. Es handelt sich um jeweils 200 bis 500 Griwna“, sagte Marotschko.

„Wegen des Gedränges, einer langen Schlange und dem völligen Desinteresse von Seiten der Ukraine erfolgte der Tod eines älteren Bürgers der Ukraine, der in der Schlange stand“, teilte der Major mit.

„Die ukrainische Regierung zieht weiter ausländische Söldner und ukrainische Freiwilligencorps aus dem „Rechten Sektor“ heran, um provokative Aktivitäten durchzuführen, die gegen die friedlichen Bürger und die Soldaten der Volksmiliz gerichtet sind“, sagte er.

„Nach unseren Informationen sind am Bahnhof von Kondraschwszkaja im Staniza-Luganskaja-Bezirk etwa 50 Mann eingetroffen, die ungarisch sprechen. Auch im Dorf Bolotennoje, Staniza-Luganskaja-Bezirk, ist ein Regiment des ukrainischen Freiwilligencorps „Rechter Sektor“ in einer Anzahl von tausend Mann verschiedener Nationalitäten eingetroffen – Bürger der Türkei, Georgiens und auch Tataren“, berichtete Marotschko.

„Diese Tatsachen bestätigen ein weiteres Mal, dass die Kiewer Regierung nicht die Absicht hat, einen friedlichen Dialog zu führen, sondern im Gegenteil die Situation destabilisiert und dabei zur Hilfe verschiedener Länder und Nationalitäten greift“, unterstrich der Vertreter der Volksmiliz.



<https://pp.vk.me/c626628/v626628957/c643/qg35zTNuusw.jpg>

De.sputniknews.com: Kiew empört sich über Medwedews Besuch auf der Krim

Das ukrainische Außenministerium hat auf den Besuch des russischen Ministerpräsidenten Dmitri Medwedew auf der Krim mit einer Protestnote reagiert, wie auf der Webseite des ukrainischen Außenamtes zu lesen ist.

Das ukrainische Außenministerium betonte, dass Medwedews Aufenthalt auf der Krim „eine offene Missachtung der Souveränität der Ukraine von Seiten der russischen Behörden ist“. Der russische Regierungschef war am 22. Mai auf der Krim eingetroffen. Auf der Halbinsel hatte Medwedew mehrere Beratungen durchgeführt und die Vorwahlen der Regierungspartei Geeintes Russland in der Region mitverfolgt.

Dmitri Medwedew widmete den Fragen der Bewahrung des Kulturerbes der Halbinsel besondere Aufmerksamkeit: Er besuchte mehrere Museen und erörterte mit den lokalen Behörden festgestellte Probleme.

Das ukrainische Außenamt hatte im März auch gegen den Besuch des russischen Präsidenten Wladimir Putin auf der Krim protestiert, die Kiew auch zwei Jahre nach dem Verlust der Halbinsel weiterhin als sein Gebiet betrachtet....

Lug-info.com: Das wöchentliche vergleichende Preismonitoring bei Lebensmitteln in den Supermärkten der Republik unterstützt die Senkung der Preise. Dies erklärte heute während eines Monitorings die stellvertretende Leiterin der Handelsabteilung des Ministeriums für ökonomische Entwicklung und Handel der LVR Alewtina Archipowa.

Sie erinnerte daran, dass ein vergleichendes Preismonitoring für sozial bedeutsame Lebensmittel wöchentlich in den größten Handelsketten der Republik stattfindet – Spar, Absolut, und Narodnyj.

Zur Monitoringsgruppe gehören Vertreter des Ministeriums für ökonomische Entwicklung und Handel, der Stadtverwaltung von Lugansk, des Jugendrats der Gewerkschaftsföderation der

LVR, der Öffentlichkeit.

Archipowa unterstrich, dass in erster Linie Preise für Grundlebensmittel kontrolliert werden, insbesondere Mehl, Grieß, Wurst, Milchprodukte, Gemüse, Trinkwasser, Zucker, Salz, Eier.

„Aus den Ergebnissen dieser Kontrolle wird ein vergleichendes Monitoring erstellt – eine Tabelle, die an die Administration des Oberhauptes der LVR geschickt wird. Die Ergebnisse des Monitorings werden auf der Seite des Ministeriums für ökonomische Entwicklung und Handel veröffentlicht, die jungen Leute aus dem Jugendrat veröffentlichen diese Daten ebenfalls auf ihrer Seite, damit die Käufer sich damit bekanntmachen und entscheiden können, wohin sie am besten gehen“, sagte die Vertreterin des Ministeriums.

„Ich meine, dass diese Maßnahme sich sehr günstig auf die Preisbildung in unserer Republik auswirkt, weil die Geschäfte sich unter der Konkurrenz bemühen die Preise zu senken, damit sie für die Käufer anziehend sind“, unterstrich Archipowa.

„Weil es jetzt viele Waren gibt, auch Geschäfte gibt es ausreichend und jetzt läuft der Kampf um die Käufer“, fügte sie hinzu.

Archipowa bemerkte weiter, dass solche Kontrollen wöchentlich in jeder Region der Republik stattfinden, zu den Monitoringgruppen gehören auch dort Vertreter örtlicher Organisationen und der Wirtschaftsabteilungen.

De.sputniknews.com: „Kiews Wunschdenken“: Donezk und Lugansk gegen OSZE-Polizeimission im Donbass

Die Regierungen der selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk haben sich gegen eine OSZE-Polizeimission im Donbass ausgesprochen.

„Das sind alles nur Versuche, den Minsker Friedensprozess zu stören“, meint der Vertreter der Republik Lugansk in Minsk, Wladislaw Dainego. Diese Handlungen seien allein darauf ausgerichtet, den Verpflichtungen, die die Ukraine in Minsk auf sich genommen hatte, zu entgehen. Eine Polizeimission der OSZE sei in dem Minsker Abkommen nicht vorgesehen, erinnerte Dainego weiter.

Alle Parteien sollen dem Politiker zufolge vor allem die schon getroffenen Vereinbarungen realisieren, anstatt immer wieder neu einzuführen.

„Unsere Position bleibt unverändert: Wir sehen keinen Bedarf nach mehr bewaffneten Einheiten im Donbass. Kiew übt sich allem Anschein nach erneut in Wunschdenken“, so der Donezker Vize-Generalstabschef Eduard Bassurin gegenüber Pressevertretern.

Die Staats- und Regierungschefs der Normandie-Vier hatten laut dem Pressedienst des ukrainischen Präsidenten bei ihrem jüngsten Telefonat in der Nacht auf Dienstag einer Polizeimission der OSZE im Donbass zugestimmt. Weder der Pressedienst des Kremls noch der des Elysée-Palastes meldeten allerdings einen derartigen Beschluss.

Dan-news.info/youtube-Seite des Verteidigungsministeriums der DVR: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs des operativen Kommandos „Donezk“ der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Lage in der DVR hat sich stark verschlechtert.

Der Gegner hat die Beschüsse von Ortschaften in Richtung Donezk und Mariupol wesentlich verstärkt, dies ist verbunden mit den Erklärungen des Präsidenten der Ukraine Poroschenko, internationale Polizeikräfte in den Donbass zu schicken, wahrscheinlich um die ukrainischen Straftruppen zurückzuhalten, sowie mit dem Besuch des stellvertretenden Leiters der OSZE-Mission in der Ukraine Alexandr Hug.

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen 585 Mal das Territorium der Republik beschossen. Der Gegner schoss 111 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 153 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm ab. Außerdem wurde mit Panzergeschützen, Panzertechnik, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

Das Feuer eröffneten die ukrainischen Truppen auf die folgenden Ortschaften:

Staromichajlowka, Jasinowataja, Spartak, Dokutschajewsk, Wesjoloje, Sachanka,



Sosnowskoje, Kominternowo, Styla, Alexandrowka, Shabitschewo, Petrowskoje, Nikoloajewka, Nowaja Tawrija, das Tscheljuskinzew-Bergwerk, das Gebiet des Flughafens und den Petrowskij-Bezirk von Donezk.

Die verbrecherischen Befehle zum Beschuss des Territoriums der DVR gaben die Brigadekommandeure Shakun, Schandar, Sokolow, Melnik und Deljatizkij.

In der Folge von Beschüssen der Strafruppen wurden in den letzten 24 Stunden zwei friedliche Einwohner verletzt (D. I. Subatenko, geb. 1953 und E.W. Chramenkow, geb. 1990), es wurden 15 Gebäude erheblich beschädigt. Davon 12 in Staromichajlowka (acht Wohngebäude, es gab auch Treffer auf eine Kirche, einen Kindergarten und eine medizinische Einrichtung), zwei Häuser in Alexandrowka, ein Haus in Kominternowo.

Unsere Aufklärung stellt eine Verschiebung von Personal des Gegners entlang der Kontaktlinie fest. So ist vom Kommando der ukrainischen Streitkräfte eine Übergabe des 8. Bataillons der 10. Gebirgsschirmbrigade aus Richtung Mariupol in die operativ-taktische Gruppe „Donezk“ geplant zur Verstärkung der 14. „blutigen Brigade“. Das 8. Bataillon soll bis zum 27. Mai die Positionen im Gebiet von Krasnogorowka einnehmen.

Im Gebiet von Luganskoje, im Verantwortungsbereich des 1. Bataillons der 54.

mechanisierten Brigade wurde die Tätigkeit von ausländischen Scharfschützen entdeckt, die auf alle Menschen schießen, die eine militärische Uniform tragen, auch auf friedliche Einwohner.

Es werden Versuche ukrainischer Entminungskräfte festgestellt, eine Entminung von Minensperren an der Kontaktlinie im Bereich von Granitnoje vorzunehmen, um Technik dorthin zu bringen und das angrenzende Territorium aus möglichst geringer Entfernung zu beschießen. Dabei geriet in der Folge eines groben Fehlers bei der Entminung ein Soldat des 2. Bataillons der 72. mechanisierten Brigade auf eine Mine und wurde in der Folge schwer verletzt.

Außerdem wurde nach Informationen unserer Aufklärung im Gebiet von Artjomowks am Eisenbahnhaltepunkte Wyjemka ein „vergessener“ Güterwaggon mit Leichen entdeckt. Aus dem Waggon kommt deutlicher Verwesungsgeruch.

Am 21. Mai wurden am nordöstlichen Rand von Marjinka Arbeiten zur Reparatur einer Gasleitung durchgeführt.

Wie zu erwarten war, wurde das Gebiet von Seiten der ukrainischen Streitkräfte mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen. Aus diesem Grund wurden die für den 22. Mai geplanten Arbeiten abgesagt. Die Seiten haben Vereinbarungen und Dokumente über die Wiederaufnahme der Arbeiten am 24. Mai ausgetauscht.

Aber die ukrainischen Streitkräfte haben in grober Weise das Regime der Feueinstellung verletzt. So wurden in Trudowskije, wo eine Fortführung der Arbeiten zur Reparatur der Gasleitung geplant war, von 0:00 am 23. Mai bis 6:00 am 24. Mai 29 Beschüsse festgestellt, davon 19 mit Mörsern des Kalibers 82mm und 120mm.

Die Führung des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination bestätigt diese Verletzungen des Regimes der Feueinstellung.

Unter solchen Umständen können wir die Sicherheit derer, die am Ort der Arbeiten sein werden, nicht garantieren, weil wir nur für unsere Seite verantwortlich sein können.

Mit Hinblick darauf entsteht der Eindruck, dass die Arbeit zur Reparatur der Gasleitung und die Lieferung von Gas für die Einwohner der naheliegenden Ortschaften verzögert werden und ganz verhindert werden könnte. Wir sind überzeugt, dass all dies vorsätzlich erfolgt. Von unserer Seite wird trotz allem alles für die Reparatur der Gasleitung getan werden.

De.sputniknews.com: Euronews erklärt eigenen Fake-Bericht mit „unbewusster Russophobie“

Dass sich Euronews auf ein Fake-Twitter-Account des russischen Außenministers Sergej Lawrow berufen hat, lässt sich auf Unprofessionalität und „unbewusste Russophobie“ zurückführen. Diese Meinung vertrat der stellvertretende Aufsichtsratschef des paneuropäischen Nachrichtensenders Pjotr Fedorow.

Laut Fedorow war der Fehler keine Absicht. Die Journalisten hätten aber die Äußerung des

russischen Ministers an mindestens zwei verlässlichen Quellen überprüfen müssen, taten das jedoch nicht.

„Ich denke, es liegt an unbewusster Russophobie, die einigen englischschreibenden Journalisten eigen ist“, sagte der stellvertretende Aufsichtsratschef des Senders. Alle Euronews-Mitarbeiter „stehen unter starkem Informationsdruck der westlichen Mainstream-Medien, die ob gewollt oder nicht am Informationskrieg gegen Russland teilnehmen“. Am Montag hatte die russische Außenamtssprecherin Maria Sacharowa Euronews der „Desinformation“ bezichtigt. Als Beweis veröffentlichte sie ein Bildschirmfoto der englischsprachigen Euronews-Seite, die ihrerseits einen Screenshot von einem fiktiven Lawrow-Account bei Twitter als Quelle für ein "offizielles" Zitat veröffentlicht hatte...

[Ukrinform.ua: Georgische Reformer planen, in der Ukraine eine neue Partei zu gründen, deren Ideologe und Anführer Michail Saakaschwili werden soll.](#)

[Das teilte heute auf einer Pressekonferenz in Charkiw der Ex-Stellvertreter des Generalstaatsanwalts der Ukraine, Dawid Sakwarelidse, mit, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.](#)

„Es ist kein Geheimnis, dass wir schon lange mit den gesunden Bürgerorganisationen und gewöhnlichen Ukrainern verhandeln, die in diesem Land etwas ändern wollen. Sehr bald werden wir die Gründung einer neuen Organisation verkünden, die solche Menschen vereinen wird. Wir warten nicht auf Reformen, die vom Himmel fallen. Wir haben die Plattform erstellt, die sehr schnell die Verantwortung übernehmen kann, zu den Wahlen geht oder ohne Wahlen konkrete Reformen lobbiieren wird, die die Ukraine braucht. Der Ideologe und Anführer der Partei wird Michail Saakaschwili sein, und ihr Kern - der beste Teil der Bewegung „Für Säuberung“, die bereits eine Rolle im Ersatz des Premierministers gespielt hat, der sich in keiner Reform gezeigt hatte“, sagte Sakwarelidse.

Ihm zufolge hat die neue Organisation zunächst noch keinen Namen.

Im Hinblick auf die vorrangigen Reformen müsse man die Behörden von der vertikalen und elitären Korruption säubern, die Geldströme stoppen und den Kampf mit der Armut und dem Elend beginnen.

[De.sputniknews.com: Moskau: Bewaffnete OSZE-Mission erfordert Zustimmung des Donbass](#)

Das Normandie-Quartett erörtert Fragen einer Bewaffnung der OSZE-Beobachtermission im Donbass, nicht aber die Schaffung einer Polizeimission, wie der Pressesprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow erklärte.

„Im Donbass agiert eine Beobachtermission, die unserem Verständnis nach keine Polizeimission ist. Dieses Thema wird tatsächlich erörtert, und nicht den ersten Tag. Es steht die Frage, sie zu bewaffnen“, sagte Peskow.

Theoretisch könne man sie zwar bewaffnen, doch ihre Mitglieder seien keine Militärs, und die Frage sei, wie sie diese Waffen einsetzen würden. In diesem Zusammenhang ergebe sich auch eine Vielzahl anderer Fragen, vor allem müssten die Vertreter der beiden selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk einer solchen OSZE-Beobachtermission im Donbass zustimmen, sagte Peskow gegenüber der Presse auf die Frage, wie der Kreml zu Kiews Initiative hinsichtlich einer bewaffneten OSZE-Mission im Donbass stehe.

„Es geht um die Frontlinie. Hier ist die Zustimmung der Volksmilizen, die Zustimmung der Vertreter des Donbass wichtig“, sagte der Kreml-Sprecher in Bezug auf eine mögliche Einrichtung einer OSZE-Mission in der Region. Es sei auch wichtig, sich über die Konfiguration dieser Mission zu einigen, betonte Peskow.

Zuvor hatte am Dienstag der Pressedienst des ukrainischen Staatschefs Petro Poroschenko erklärt, die Staats- und Regierungschefs des Normandie-Quartetts (Deutschlands, Russlands, Frankreichs und der Ukraine) hätten in ihrer jüngsten Telefonkonferenz die

Entfaltung einer bewaffneten OSZE-Mission im Donbass unterstützt. Aus dem Pressedienst des Kremls und des Élysée-Palastes waren indessen keine solchen Behauptungen zu vernehmen.

Nach dem Außenministertreffen im Normandie-Format am 11. Mai in Berlin hatte Russlands Außenminister Sergej Lawrow zu verstehen gegeben, dass Moskau keine Notwendigkeit sehe, das Mandat der in der Ostukraine agierenden unbewaffneten Beobachtermission der OSZE zu erweitern.

Wie Lawrow sagte, erklärt Kiew eine Bewaffnung der OSZE-Beobachter mit der Notwendigkeit, vor den Wahlen im Donbass eine freie ungehinderte Agitation zu ermöglichen. Moskau sei indessen der Überzeugung, dass man die Durchführung der Wahlen auch ohne eine solche bewaffnete Struktur gewährleisten könne.

De.sputniknews.com: Die in Europa stationierten Elemente der US-Raketenabwehr sind laut dem russischen Nato-Botschafter Alexander Gruschko schon jetzt in der Lage, russische strategische Kräfte abzufangen.

„Nach der Berechnung unserer Militäranalytiker sind die Systeme, die auf dem rumänischen Stützpunkt Deveselu stationiert sind, selbst in der aktuellen Konfiguration in der Lage, russische Strategische Mittel abzufangen“, sagte Gruschko in einer Videokonferenz Moskau-Brüssel.

Die Situation werde sich 2018 weiter verschärfen, wenn der US-Raketenabwehr-Komplex in Polen in Betrieb genommen werde. „Das wird offensichtliche Risiken für Russlands Sicherheit erzeugen und die strategische Stabilität, die Jahrzehnte lang als die wichtigste Grundlage des Friedens und der Sicherheit in der Welt diente, ernsthaft deformieren“, so Gruschko weiter.

Der Botschafter betonte, dass Russland alle Gegenmaßnahmen unter Berücksichtigung der entstehenden Risiken ergreifen werde.

Am 12. Mai hatte die Nato auf der Militärbasis Deveselu in Rumänien einen wichtigen Teil ihrer neuen Raketenabwehr in Osteuropa in Betrieb genommen. Sie soll nach offiziellen Angaben mögliche Angriffe durch den Iran abfangen. Am 14. Mai war in der Ortschaft Redzikowo im Kreis Slupsk in Nordostpolen mit der Errichtung einer weiteren Komponente des US-Raketenabwehrsystems der Nato in Osteuropa begonnen worden.

## **Abends:**

De.sputniknews.com: Stabhochsprung-Queen Jelena Issinbajewa wird den Gerichtsweg einschlagen, falls der russischen Leichtathletik-Mannschaft die Teilnahme an den Sommerspielen in Rio 2016 verweigert wird, wie die zweifache Olympiasiegerin im Stabhochsprung äußerte.

„Das ist ein direkter Verstoß gegen die Menschenrechte, eine Diskriminierung. Im Falle der Suspendierung der russischen Athleten werde ich mich an den Internationalen Gerichtshof wenden. Und ich bin von meinem Erfolg da überzeugt. Natürlich ärgere ich mich wegen meiner Hilflosigkeit. Alles, was ich momentan tun kann, ist mit dem Training fortzusetzen“, sagte Issinbaewa AP gegenüber.

Die Karriere mehrerer junger russischer Sportler könne ruiniert werden, falls sie zu den Sommerspielen in Rio nicht zugelassen werden, fügte die 33-jährige Stabhochspringerin hinzu. „Vier Jahre ist zu viel“, betonte die Sportlerin.

Eine unabhängige Kommission der Welt-Anti-Doping-Agentur WADA hatte Russland im November schwere Verstöße gegen die geltenden Regeln vorgeworfen und dem Weltleichtathletikverband IAAF empfohlen, den Russen die Teilnahme an allen Wettkämpfen, die vom Weltverband durchgeführt werden, darunter auch an den Sommerspielen 2016, zu verweigern.

Die Tagung des IAAF-Councils findet am 17. Juni in Wien statt. Die Sommerspiele werden vom 5. bis zum 21. August im brasilianischen Rio de Janeiro ausgetragen.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/31009/46/310094647.jpg>

De.sputniknews.com: Medwedew zu Kiew Protest gegen Krim-Besuch: Einer arbeitet, der andere protestiert

Wie Russlands Ministerpräsident Dmitri Medwedew in Bezug auf Kiews Protestnote gegen seinen Arbeitsbesuch auf der Krim sagte, tut jeder das, was er muss.

„Jeder tut das, was er muss: Der eine arbeitet, der andere protestiert“, sagte Medwedew während einer Konferenz in Jalta.

Zuvor hatte das ukrainische Außenministerium mit einer Protestnote auf den Besuch des russischen Premierministers auf der Krim reagiert. Dabei betonte das Außenamt auf seiner Website, dass Medwedews Aufenthalt auf der Halbinsel „eine offene Missachtung der Souveränität der Ukraine von Seiten der russischen Behörden ist“...

Dnr-news.com: In der Ukraine sollen 137 Printmedien im Rahmen der Dekommunisierung umbenannt werden

Das Staatliche Komitee für Fernsehen und Hörfunk der Ukraine fordert die Umbenennung von 137 Printmedien im Rahmen des Prozesses der Dekommunisierung, wird auf der Seite der Behörde berichtet.

„Heute beträgt die Zahl der Printmedien, die dem Verfahren der „Dekommunisierung“ unterliegen, 137, von denen 56 keine Antwort gaben auf die Aufforderung der regionalen Justizabteilungen, die zur Erfüllung der Anforderungen des entsprechenden Gesetzes aufriefen“, heißt es in der Erklärung.

Es wird erwähnt, dass diese Schlussfolgerung aus den Ergebnissen einer Analyse von Logos und Bezeichnungen der Medien gezogen wurde. Gleichzeitig führen nach den Informationen des staatlichen Komitees die übrigen Medien Maßnahmen zur Umregistrierung durch, bei 21 reichten die Gutachten nicht zur Weiterführung der Herausgabe, 25 befinden sich auf dem nicht von Kiew kontrollierten Gebiet, bei 6 Medien wurde die Angelegenheit der Registrierung an das Justizministerium übergeben.

Tatsächlich liegen rechtliche Begründungen für den Entzug der staatlichen Registrierung bei

49% der Printmedien vor (67 Titel), in der Behörde teilte man mit, dass das Justizministerium eine Beschwerde bei Gericht zur Annahme entsprechender Beschlüsse vorbereite. Im Komitee gab man bekannt, dass die meisten der Printmedien, die der Dekommunisierung unterliegen, sich im Donezker Oblast befinden (44), im Oblast Lugansk 22, in Kiew 12, in Odessa 7, in Charkow 6. Außerdem stellte die Behörde fest, dass 10 Printmedien unter die Dekommunisierung der Krim fallen, die die Ukraine weiter als ihr Territorium betrachtet...

De.sputniknews.com: Deutschland und EU: Ukraine soll Journalisten-Personaldaten aus dem Netz löschen

Der deutsche Botschafter Christof Weil und der Leiter der EU-Vertretung in der Ukraine Jan Tombiński haben Kiew aufgefordert, Personaldaten von Journalisten von der Webseite „Mirotworets“ zu löschen, teilte die EU-Vertretung in der Ukraine am Dienstag mit.

Bei ihrem Treffen mit dem ukrainischen Innenminister Arsen Awakow forderten die Botschafter die Rechtschutzbehörden der Ukraine auf, eine Ermittlung einzuleiten und entsprechende Maßnahmen zu treffen, damit solche Informationen nicht mehr veröffentlicht werden, so die EU-Botschaft.

Außerdem baten die Botschafter nachdrücklich, den Schutz der Journalisten zu gewährleisten, deren Personaldaten veröffentlicht worden waren, da einige von ihnen Drohungen bekommen hatten.

Zuvor war auf der pro-ukrainischen Internetseite „Mirotworets“ eine Liste der Kontaktdaten von Tausenden Journalisten veröffentlicht worden, die in den selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk akkreditiert sind. Die Journalisten zeigten sich von dieser Veröffentlichung schockiert und baten zu dem Vorfall zu ermitteln und ihre Personaldaten zu löschen. Die Kiewer Staatsanwaltschaft leitete ein Strafverfahren ein. Danach gaben die Mitarbeiter der Webseite bekannt, mit ihrer Arbeit aufgehört zu haben, später aber erschienen bei „Mirotworets“ die Listen in einer erneuerten Fassung.

Ukrinform.ua: Der Stellvertreter des Ministers für Fragen der zeitweilig okkupierten Territorien und der Binnenvertriebenen Georgi Tuka kommentierte mögliche Szenarien der Situation im Donbass.

Im Interview mit „Apostroph“ antwortete Tuka auf die Frage, wie real der Beginn der Reintegration des Donbass noch in diesem Jahr sei: „Diese Frage ist eher rhetorisch, Sie werden sicher verstehen, dass dies nicht allein von der ukrainischen Seite abhängt. In großem Maße hängt sie von der gegnerischen Seite ab, deshalb kann man keine Prognose geben“

Nach seinen Worten setzt sich jetzt der Dialog mit den Vertretern der sogenannten „DVR / LVR“ im Rahmen der Minsker Prozesse fort.

Prognostizierend, was passieren wird, wenn die Pläne zur Reintegration nicht umgesetzt werden können, sagte Tuka: „Im besten Fall erhalten wir ein Transnistrien, im schlimmsten Fall eine Art Ossetien“.

Er fügte hinzu: „Ich war niemals kategorisch gegen Wahlen. Ich habe immer gesagt, dass die Voraussetzungen dafür nicht vorhanden sind. Das sind sie auch jetzt nicht. Man muss sie unbedingt schaffen. Wenn es gelingt, sie zu schaffen, warum dann nicht Wahlen durchführen? Allerdings unter den gegenwärtigen Bedingungen, denke ich, kann von Wahlen keine Rede sein.“